(7) Ergeben sich durch die Instandsetzung Veränderungen der technischen Daten des Fahrzeuges (Angaben des Kraftfahrzeugbriefes), so ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber darauf hinzuweisen, daß die Veränderung innerhalb einer Frist von 10 Tagen gemäß § 24 StVZO der zuständigen Kraftfahrzeug-Zulassungsstelle der Deutschen Volkspolizei zu melden ist.

§ 9

Verantwortlichkeit für Schäden und Verluste

(1) Der Auftragnehmer ist für Schäden und Verluste an den zur Instandsetzung übergebenen Kraftfahrzeugen und Baugruppen schadenersatzpflichtig, soweit er dafür verantwortlich ist. Der Auftragnehmer ist im Falle seiner Verantwortlichkeit verpflichtet, beschädigte Teile instand zu setzen oder bei Verlust Ersatz zu leisten.

(2) Der Auftragnehmer ist für Verlust und Beschädigung von loseem Zubehör, Werkzeugen oder sonstigen Ausrüstungsteilen nur verantwortlich, wenn sie ihm vom Auftraggeber ausdrücklich zur Verwahrung übergeben worden sind. Der Auftragnehmer kann in begründeten Fällen verlangen, daß Ausrüstungsteile nicht beim Kraftfahrzeug verbleiben.

(3) Die Verantwortlichkeit des Auftragnehmers für Fahrzeugschäden bei Probe- und Überführungsfahrten beschränkt sich auf die Beseitigung dieser Schäden, falls diese Beseitigung unmöglich oder mit unangemessen hohen Kosten verbunden ist, auf Ersatz des Wertes des Fahrzeuges am Tage der Beschädigung. Ein Sachverständiger ist hinzuzuziehen, wenn zwischen den Vertragspartnern eine Einigung nicht zustande kommt. In diesem Fall ist die Feststellung des Schadens oder des Wertes des Fahrzeuges von einem Sachverständigen der für den Sitz des Auftragnehmers zuständigen Kraftfahrzeugtechnischen Anstalt zu treffen. Die Kosten des Gutachtens hat bei Verantwortlichkeit des Auftragnehmers dieser zu tragen.

§ 10

• Gewährleistung

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Fahrzeuge und Baugruppen so instand zu setzen, daß sie zum Zeitpunkt des Gefahrüberganges in dem Umfang, der im Instandsetzungsvertrag festgelegt ist, mängelfrei, fahrbereit, betriebs- und verkehrssicher übergeben werden.

(2) Bei Grundüberholungen erstreckt sich die Gewährleistung auf alle Baugruppen und Teile, mit Ausnahme von Bereifung, Akkumulatoren, Uhren, Glas, Funkanlagen und Rundfunkgeräten, sofern deren Instandsetzung nicht ausdrücklich vereinbart wurde.

§ 11

Erkennbare Mängel¹

(1) Der Auftraggeber oder dessen Beauftragter hat das Kraftfahrzeug oder die Baugruppe bei Übernahme sofort auf erkennbare Mängel, die im Zusammenhang mit dem Instandsetzungsumfang stehen, zu prüfen. Er ist berechtigt, bei Feststellung derartiger Mängel die Übernahme zu verweigern.

(2) Übernimmt der Auftraggeber trotz Vorhandensein erkennbarer Mängel den Vertragsgegenstand, so sind diese auf dem Übernahmekontrollblatt oder dem Instandsetzungsauftrag zu vermerken. Gleichzeitig ist der Zeitpunkt der Mängelbeseitigung zu vereinbaren.

In besonderen Fällen kann die Vereinbarung über den Zeitpunkt der Mängelbeseitigung innerhalb von 3 Tagen nach der Übernahme erfolgen.

§ 12

Verborgene Mängel

(1) Zeigt sich bei dem Betrieb des Kraftfahrzeuges oder der Baugruppe ein Mangel im Rahmen der vom Auftragnehmer zu übernehmenden Gewährleistung, der bei der Übernahme im üblichen Prüfungsverfahren nicht erkennbar war, so hat ihn der Auftraggeber unverzüglich nach Feststellung, jedoch innerhalb einer Laufleistung von 5000 km, spätestens jedoch 3 Monate nach Übernahme des Fahrzeuges oder der Baugruppe, dem Auftragnehmer anzuzeigen. Bei Fahrzeugtypen, deren serienmäßige Produktion mehr als 10 Jahre zurückliegt, hat die Anzeige innerhalb einer Laufleistung von 3000 km, spätestens jedoch nach 3 Monaten zu erfolgen.

(2) Der Auftraggeber hat über die Mängel eine Niederschrift aufzunehmen und diese dem Auftragnehmer zu übersenden.

(3) Läßt der festgestellte Mangel bei weiterer Nutzung Folgeschäden erwarten, so ist das Fahrzeug bzw. die Baugruppe sofort außer Betrieb zu setzen.

§ 13

Gewährleistungsforderungen

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die ihm gemäß §§ 11 und 12 angezeigten Mängel unverzüglich zu beseitigen (Nachbesserung), ein einwandfreies Werk zu liefern (Nachlieferung) oder eine dem Umfang des Mangels entsprechende Herabsetzung des Rechnungsbetrages mit dem Auftraggeber zu vereinbaren (Minderung).

(2) Der Auftragnehmer legt in Wahrung berechtigter Interessen des Auftraggebers fest, wo und durch wen der Mangel zu beseitigen ist und gegebenenfalls wer in seinem Auftrage die Prüfung der Gewährleistungsforderung vornimmt.

(3) Gewährleistungsforderungen des Auftraggebers brauchen nicht anerkannt zu werden, wenn das Kraftfahrzeug oder die Baugruppe dem Auftragnehmer oder seinem Beauftragten nicht innerhalb einer Woche nach der Anzeige des Mangels oder nach Prüfung gemäß Abs. 2 zugeführt wird. Das gleiche gilt, wenn das von dem Mangel betroffene Kraftfahrzeug oder die Baugruppe oder deren Teile von anderen nachgebessert oder verändert worden sind.

§ 14

Garantie, Garantiefumfang und Garantiefrist

(1) Bei der Grundüberholung von Kraftfahrzeugen und Hauptbaugruppen (Motor, Getriebe, Vorder- und Hinterachsen und Lenkung) — einschließlich der im Austauschverfahren durchgeführten — übernimmt der Auftragnehmer die Garantie für die von ihm geleistete Arbeit.

(2) Die Garantie erstreckt sich auf eine mangelfreie betriebs- und verkehrssichere Funktion des dem Vertrag zugrunde liegenden Fahrzeuges oder Fahrzeugteiles für die Dauer der Garantiefrist.

(3) Ausgenommen sind Bereifung, Akkumulatoren, Uhren, Glas, Funkanlagen und Rundfunkgeräte.